

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 25 Goldpfennig
Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung
des Betrages)

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adelsstraße 16
Fernsprecher Nr. 8800 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzustellungsliste

Werft die Eimer aus!

In der Missbilligungsmündung signalisierte ein Segler: Wasser! — Ein Dampfer antwortete: Werft die Eimer aus! — Der Segler, ein Mißverständnis annehmend, signalisierte noch dringender: Süßwasser, wir verdursten! — Worauf die Antwort kam: Werft die Eimer aus, ihr seid ja mitten drin!

Die Mannschaft des Seglers, die da um Hilfe rief, wußte nicht, daß sie ihre Not selbst am ehesten beheben konnte, weil sie nicht zu erkennen vermochte, daß sie sich längst inmitten der Süßwasserflut, im lebhaftehalten, fraktipendenden Elemente befand. Hätte ihr das Erkenntnisvermögen nicht gemangelt, dann hätte sie herausgefunden, daß sie dem rettenden Ufer nahe war und nur die Eimer auszuwerfen bräuchte, um ihren Durst, die Gefahr des Umkommens zu bannen.

An diesen Vorfall müssen wir immer denken, wenn wir Leidensgenossen klagen hören. Sie klagen über den Ausfall der Reichstagswahl, der einen erheblichen Zuwachs der schlimmsten Feinde der Arbeiterchaft und eine Schwächung der sozialistischen Partei gebracht hat. Sie klagen über die unerträglich niedrige Löhne, deren Aufbesserung an der Rücksichtslosigkeit der Unternehmer scheitert. Sie klagen über die hohen Lebensmittelpreise, die mit dem geringen Einkommen einfach nicht zu erfrachten sind.

Die enttäuschten, ausgebeuteten, bewucherten Kollegen klagen Himmel und Hölle, Partei, Gewerkschaft und Führer ob ihrer schlimmen Lage an; sie fordern rücksichtsloses Vorgehen gegen die Lohnrücker, zwangsweise Heruntersetzung der Warenpreise, schärfste Kontrolle der Lebensmittelverkäufer. Kurz, sie verlangen, wie jene Mannschaft des Seglers in der Missbilligungsmündung, daß andere ihnen helfen, denken aber kaum daran, daß sie sich selbst am besten helfen können, nur die Eimer auszuwerfen brauchen. Es gibt eben leider unter den Arbeitern, die gegen Reaktion, Unregelmäßigkeit und Wucher schimpfen und Partei und Gewerkschaft anklagen, noch sehr viele, denen es nicht um Bewußtsein kommen will, daß ihre Klagen im Grunde nur Selbstanklagen sind.

Wir das gemeint ist, sei an einem Beispiel klargestellt: Ist da ein hiesiger Kollege, der uns alle paar Tage in einer Weise, die wir aus Kollegialität nur „radikal“ bezeichnen wollen, vorlagt, daß noch immer nichts in Sachen der Sozialisierung der Produktion getan sei und er daher sich immer noch von einem Privatkapitalisten ausbeuten lassen müsse, ja daß noch nicht einmal die Lebensmittelpreise heruntergedrückt worden seien, so daß er mit seinem geringen Lohne die Taschen der Händler zu füllen gezwungen wäre. Dem Klagefall folgt in der Regel ein Strichbach von rangigen Worten über das Versagen von Partei, Gewerkschaft und Führer. Dieser Kollege aber, der Sozialisierung der Produktion und Kontrolle der Händler fordert, hat es noch nicht fertiggebracht, seine eigenen Handlungen zu sozialisieren oder seine Frau ein wenig zu kontrollieren. Diese trägt ohne Bedenken die sauer verdienten Groschen zu privaten Kaufleuten, zu den Preissteigern, zu den Wucherern, gegen die der Mann gesetzliche Maßnahmen kreischend verlangt. Im Konsumverein aber, der in aller nächster Nähe ist, sieht man sie nie. Von dem Konsumverein, der Einrichtung der Arbeiterchaft, diesem wirklichen Mittel zur Besserung der proletarischen Lage, will die Frau des „radikalen“ Kollegen einfach nichts wissen.

Die Sache wäre hier nicht der Erwähnung wert, wüßten wir nicht, daß es Arbeiter dieser Art in jedem Orte, in jedem Viertel die schwere Menge gibt. Jeder von uns hat sicherlich einen oder mehrere solcher Klassengenossen, wie den hier oben beschriebenen, in seinem Bekanntenkreise. Überall kann man sehen, wie unzählige Ausgebeutete, Bewucherte ihre Groschen zu Privatkapitalisten tragen und dadurch zur Verlängerung der Reihe der kapitalistischen Parteien und zur Stärkung des kapitalistischen Geistes wesentlich beitragen. Diese Binsenwahrheit wird nicht bloß durch den Ausfall der Reichstagswahl erhärtet. Man sehe sich nur etwas in seiner Kammerhaftigkeit um. Von der so viel besprochenen Proletarisierung des geistigen Mittelstandes ist beim Wahlausfall und anderwärts wenig zu merken. Wohl sind starke Schichten des Kleinbürgertums und der liberalen Berufe an den Bittelstab gebracht, andererseits aber eine reiche Zahl Klein- und Spießbürger, allzumal kapitalistischen Geistes, neu geschaffen worden. Die Menge der Kaufleute, Händler und Parasiten hat sich nicht vermindert, sondern eher vermehrt, in fast allen Arbeitervierteln fügen sich zu dem übergroßen Haufen Krämer tagtäglich neue. Dies könnte nicht der Fall sein, wenn die Bewohner der Arbeiterviertel nicht dazu mächtig beitragen. Zu ihrem eigenen Schaden! Die Krämer schaffen keine Werte, sondern verbrauchen nur welche. Sie leben von dem Preisaufschlag, den ihre Kunden dummen genug sind, zu zahlen. Was sie verbrauchen, schaffen die andern. Sie sind die freiwillig ge-

fütterten Freigäste am Tische des Proletariats. Wie kann man von ihnen Verständnis für die Lage der elend entlohnten Arbeiter verlangen, wenn diese noch nicht einmal Verständnis dafür zeigen? Wie kann von ihnen erwartet werden, daß sie mit den Preisen heruntergehen, wenn ununterbrochen proletarische Kunden in Masse in ihre Verschleißbuden strömen und die teuren Waren kaufen? Wie darf man sich darüber wundern, daß diese neuen Kleinrentner ihr unproduktives Dasein dadurch zu erhalten trachten, daß sie mit dem Stimmgelb der kapitalistischen Parteien zur Wahlurne gehen? Nicht über die Erstarkung der Reaktion sollte man verständnislos den Kopf schütteln, sondern über die himmlische Gutmütigkeit der proletarischen Verbraucher. Über die sie und über niemand anders muß geklagt werden. Die Klagen über die Stärkung der Reaktion und die hohen Preise werden zu Anklagen gegen die, welche das naheliegende, einfache, wirksame Gegenmittel nicht anwenden.

Aber damit ist der Schaden, den die Pflichtvergessenheit der proletarischen Verbraucher verursacht, erst halb genannt. Sie stärkt nicht nur die reaktionären Parteien und erschwert die Verbilligung der Waren, sondern macht auch die Sozialisierung der Produktion nachgerade unmöglich. Der Glaube, daß der Staat die große Umwandlung vollziehe, steht zurzeit auf verteuert schwacher Grundlage. Ja, selbst wenn er es tun wollte, so wäre noch sehr die Frage, ob es um ihr glückliches Gelingen und um der Arbeiterchaft willen nicht besser sei, die Arbeiterchaft vollbrächte sie selbst, inwiefern sie dafür mehr Erfahrung und Verstand und Anteilnahme mitbringt, als der Staat, das ist eine Handvoll schwach beteiligter und wenig kundiger Bürokraten oder Politiker. Es will uns überhaupt bedünken, daß unsere bisherige Auffassung von der Durchführung der Sozialisierung, daß sie von oben her, sozusagen durch staatlichen Zwang geschehe, dringender Änderung bedarf. Die Umwandlung der Produktionsweise muß, soll sie den erwarteten und gewünschten Segen bringen, von unten her erfolgen. Diese Art des Volkzuges scheint uns die schnellere, sicherere und im Ertrag für das arbeitende Volk die günstigere.

Und mit ihrer Sozialisierung kann die Arbeiterchaft sofort auf der ganzen Linie beginnen, sie braucht damit nicht auf die Gerechtigkeit der hohen Obrigkeit zu lauern, noch ist sie auf die meist nur Sand und Schmiere liefernde Paragrafemühle angewiesen. Die Arbeiterchaft muß nur endlich ihr Machtmittel, das sie als Verbrauchermasse besitzt, allgemein benutzen. Man nehme einmal an, die Millionen unter dem kapitalistischen Zustand leidender Arbeiter oder Familien deckten ihren Warenbedarf nur im Konsumverein, verkehrten nur in ihren Wirtschaften und trügen ihre Spargroschen in ihre Sparkasse oder Gewerkschaftsbank. Die Folge wäre eine ebenso fühlbare wie segensreiche. Durch solche Handlung könnte sie, die Arbeiterchaft, eine millionenköpfige Schar von Groß- und Kleinrentnern, Bankiers, Kaufleuten und Krämer enteignen und zu produktiver Tätigkeit zwingen, wodurch die Volksgemeinschaft politisch wie wirtschaftlich in ungeheurer Maße gewänne. Nicht geringer wäre der Vorteil für die Arbeiterchaft als Erzeuger oder Dienstpflichtige des kapitalistischen Unternehmertums. In allen Industrieorten würden die größten und leistungsfähigsten Warenhäuser die der Arbeiterchaft sein. Diese Kleingeschäfte wären dank des Massenabsatzes imstande, billig einzukaufen und nach und nach eigene Fabriken zu errichten oder zu kaufen, Industrieunternehmungen also, die der Arbeiterchaft gehören und worin nur gleichberechtigten Genossen schaffen. Über kurz oder lang wären wichtige Gewerbebezüge sozialisiert, wären Hunderttausende von Arbeitern aus der kapitalistischen Dienstpflicht befreit und schafften nicht mehr für privaten Profit, sondern bei sich selbst für den Bedarf der Gemeinschaft. Durch den größeren Absatz wäre der Konsumverein imstande, die Preise zu verringern, die Güte der Waren zu steigern, seine Laboreinrichtung zu verschönern, kurz, er könnte die Gemeinnütze beseitigen, worüber heute oft geklagt wird und die noch vielen Verbrauchern — angeblich — den Gang zum Vereinsladen verleiht.

Wie man sieht, ist heute schon die Arbeiterchaft ohne weiteres imstande, eine Reihe der Ursachen ihrer Klagen oder Bedrängnisse abuschaffen und einen Teil ihrer Feinde schwachmacht zu setzen. Leider aber fehlt es bei ihr noch erheblich an dem Erkennen ihres Könnens, ja auch am guten Willen. Anstatt selbst zu handeln, fragt ein erschreckend hoher Bruchteil Gedrückter und Ausgebeuteter Angehöriger und bedauert die andern, weil sie nicht helfen. Sie sind ihnen deutlich zum Bewußtsein gebracht worden, daß sie sich selbst helfen können und die Möglichkeit der Verbesserung ihrer Lage zum Greifen nahe liegt. Daß sie nur die Eimer auszuwerfen brauchen, um das notmildernde Mittel zu fassen.

Die deutschen Bauhütten

Von Dr.-Ing. Martin Wagner.

Die italienische Arbeiterchaft hatte sich schon vor dem Weltkrieg Bauproduktionsgenossenschaften geschaffen. Aus der englischen Arbeiterchaft erwuchsen die Baugilden und aus der deutschen Arbeiterchaft die Bauhütten.

Alle diese von einer unterdrückten Klasse geschaffenen Betriebe erkranken die Befreiung der Arbeiterkraft aus dem Joch des Privatkapitals. Ist dieses Ziel eine Utopie? Sind die Mittel, mit denen die Genossenschaften, die Gilden und Bauhütten das sozialistische Ziel erreichen wollen, utopisch? Die Antwort auf diese Frage können wir wohl dem Erfolg und der Geschichte überlassen. Begriffe und Theorien sind unerbötlich. Wehe der Arbeiterchaft, die sich von Begriffen und Theorien und nicht von Taten leiten läßt! Wehe dem Führer, der die Triebkräfte nicht sehen will, die heute in allen Ländern nach Befreiung aus dem Joch des Privatkapitals ringen, der nicht sehen will, daß die Arbeiterchaft müde ist in der Hoffnung auf ferne Zukunft und sich stark fühlt im gegenwärtigen! Erlösungsdrang ist es, der der Arbeiterkraft die Richtung des Handelns diktiert, ein Erlösungsdrang, den enttäuschte Hoffnung und verstärkte Not so stark werden ließ, daß er — wie in Rußland und Ungarn — den organischen Weg der Entwicklung verließ und zur Explosion kam.

Bewegt sich der Gildensozialismus auf wirtschaftsphilosophischem Wege? Die Antwort ist un schwer zu finden, wenn wir rückwärts schauend die Wege abtun, auf denen der Sozialismus zu uns gekommen ist: Als Karl Marx das kommunistische Manifest verfaßte, da wandte er sich an das Proletariat der Welt. Der Ruf des Manifestes brachte die Massen zum Erwachen. Er gab ihnen Bewußtsein. Marx und Engels gaben den Massen den Geist und die Beherrschung (Erste Etappe zum Sozialismus).

Die Massen zu einer Partei zu formieren, das ging über die Kraft der Theorie hinaus, das konnten weder Marx noch Engels. Diese Frage wurde von den im Tageskampf stehenden Praktikern gelöst nach nationalen Gegebenheiten und nationalen Bedürfnissen. Der Sozialismus wurde national, er schuf die Partei und gestaltete von nationalen Höhen aus die Internationale. (Zweite Etappe zum Sozialismus).

Hoffnung und Not der Arbeiterkraft drängten aber weiter. Die Partei war nicht auf das Gegenwärtige, nicht auf das Persönliche eingestellt, nicht auf den Verfall und die Not des Tages. Der Sozialismus auf dem Wege zur Vermittlung brachte eine Ergänzung. Die Arbeiterkraft wollte individuell gehandelt und gehandelt werden. Sie schuf sich darum die Gewerkschaften, die aber leider, als die Partei das vermag, in das individuelle Leben der einzelnen eingreifen konnte. (Dritte Etappe zum Sozialismus).

Aber auch die gewerkschaftliche Hilfe, so sehr sie sich auch dem Beruf näherte, konnte dem wirtschaftlichen Notstand des einzelnen Arbeiters nur unvollkommen begegnen. Der Sozialismus auf dem Wege zum Menschen hin bedurfte eines Organs, das sich noch individueller um das Wohl des einzelnen bemühte. Er schuf die Betriebsräte, die sich um den Menschen und sein tägliches Wohl im Betriebe zu bemühen hatten. (Vierte Etappe zum Sozialismus).

Die Entwicklung des Sozialismus von der Theorie zur Praxis, von dem internationalen Ruf zur nationalen Partei, zur Gewerkschaft, zum Betriebsrat — zum individuellen Wohl des einzelnen hin — ist unverkennbar. Diese Entwicklung mußte zwangsläufig kommen, weil sie organisch ist. Sie ist auf dem Wege zum Menschen hin noch nicht abgeschlossen. Die praktische Arbeit der Betriebsräte ist in dem Maßstab noch nicht zur Entwicklung gebracht, sondern nur knospenhaft angebeutet. Die Knospe muß sich noch zur Blüte entfalten. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß die Blüte Form und Farbe erhalten wird, wie sie die Gilden und Bauhütten in noch unvollkommener Gestalt und schwachen Bindungen heute bereits andeuten. Der Sozialismus wuchs aus der Erkenntnis heraus, der verneinte die privatkapitalistische Wirtschaft und den privatkapitalistischen Betrieb. Der Sozialismus muß zur Befreiung werden. Die Befreiung kann aber nur der gewerkschaftliche Betrieb sein, und dieser Betrieb wird Gildenform erhalten.

Wir Gildensozialisten vermessen uns nicht, heute bereits den Stamm, die Äste und die Blüte des sozialistischen Baumes umschreiben zu können und ein organisiertes Wachstum in eine klare Form zwängen zu wollen. Was uns zum Bewußtsein und zum Handeln treibt, das ist lediglich der soziale Kampf. Ist dieser Blüte ein Feind der Internationale, ein Feind der nationalen Partei, ein Feind der Gewerkschaft, ein Feind des Betriebsrates? Muß ein durch das andere abgelöst werden?

Die Natur geht keinen Umweg und schafft nichts Überflüssiges. Die Blüte wird nicht zum Stamm und der Stamm nicht zur Blüte werden. Die Entwicklung des Sozialismus — Internationale, Partei, Gewerkschaft, Betriebsrat, Gilde — hat unumwendbar Gebilde geschaffen, von denen jedes einzelne nicht beiseite geworfen, sondern nur Mittel zum Zweck der Befreiung des Menschen aus einem wirtschaftlichen Sklaventum ist. Was dem Sozialismus in allen seinen Stufen heute noch fehlt, das ist die geistige Einflößung der Organe auf gegenwärtigen Dienst und gegenwärtige Hilfe. Die Gilde ohne die Unterstützung des Betriebsrates, die Blüte, die aus der freien Luft herauswächst; die Gewerkschaft ohne die Hilfe der Partei und der Internationale ist ein Ast im Wind.

Wemelt ist diese Erkenntnis der gegenwärtigen Not und der Notwendigkeit gegenwärtiger Hilfe heute bereits dem Bewußtsein der Massen nicht allzu fern, da die Partei die Gewerkschaft als Wettbewerb betrachtet. Der Wettbewerbgedanke zwischen den Gewerkschaften und den Betriebsräten ist gerade heute im Vordergrund begriffen, und der Widerstreit zwischen den Betriebsräten und den Gilden wird bevorstehen, wenn die Auffklärung über die Bedeutung dieser organischen Gebilde an dem Baum des Sozialismus nicht schneller und tiefer verbreitet wird als bisher.

Die deutsche Bauhüttenbewegung hat eine fesselnde Geschichte. Sie ist aus der Luft der deutschen Revolution herausgewachsen, die auch der Nährboden der Arbeiterproduktionsgenossenschaften war, die von deutschen Arbeitern ohne Fühlung mit den Gewerkschaften geschaffen wurden und sich mit fast tropischem Wachstum ausbreiteten. Die Bauhüttenbewegung ist nicht in dem Kopfe eines Theoretikers, sondern in dem Kopfe eines praktisch tätigen Architekten und Ingenieurs. Instinktiv entwickelte sich die Idee und instinktiv

suchte und fand sie den Weg zu den Straßen, die zu ihrem geistigen und wirtschaftlichen Träger werden sollten. Weg und Anschlag zur Gewerkschaft, Weg und Anschlag zum gemeinnützigen Wohnungsbau. In der Baugewerkschaft stand bei der Gründung noch nicht offen. Ein Gewerkschaftler war es (Otto Gante), der an der Idee feuerhaft war, eine gemeinnützige Wohnungsbauorganisation war es (Märkische Heimstätte), die die Mittel für die Gründung der ersten Baugewerkschaft hergab. Der Gewerkschaftler war ein überzeugter Sozialist, hatte aber auf den gemeinnützigen Wohnungsbau keinen Einfluss als den, daß er ihm verstand, die Baugewerkschaft ideal gestimmter Gewerkschaftler unterstehen zu wollen. Diese Aufgabe veranlagte den auf dem Boden der Privatwirtschaft stehenden Aufsichtsrat der Märkischen Heimstätte, das "Experiment" zu wagen. Die Baugewerkschaft Berlin wurde am 18. Oktober 1910 mit einem gemeinnützigen Kapital von 1 Million Mark (etwa 75 000 Goldmark), ganz von den Verbrauchern aufgebracht, gegründet. Der Versuch gelang. Die Vereinigung der gemeinnützigen Wohnungsbauer und die der maßgebenden Gewerkschaft für das Baugewerbe, des Deutschen Baugewerksbundes, bewegte sich von Monat zu Monat in aufsteigender Linie. In dem Maße, in dem sich der Deutsche Baugewerksbund, insbesondere sein Vorsitzender (Fritz Paplow) der Baugewerkschaft anmahnte, wuchs auch die Teilnahme öffentlicher Stellen, die in verstärkter Maße gemeinnütziges Kapital den nunmehr in größerer Zahl gegründeten Baugewerkschaften zuführten.

Der Deutsche Baugewerksbund erkannte bald, welche soziale, ethische und wirtschaftliche Bedeutung der Baugewerkschaften innerweltlich. Er stellte sich mit seiner gewerkschaftlichen Macht auf die Spitze der Bewegung und veranlagte, daß auch die von den Bauarbeitern selbst gegründeten Genossenschaften in der Baugewerkschaftsbewegung eingeschlossen wurden, um sie in Entzerrungen zu schützen und allmählich in Baugewerkschaften umzugestalten.

Die Gewerkschaft selbst konnte nicht der wirtschaftliche und organisatorische Träger der Baugewerkschaften sein, wenn sie sich selbst in ihrer Kampfkraft gegen das privatkapitalistische Unternehmertum nicht schwächen wollte. Der Deutsche Baugewerksbund schuf sich darum in dem Verband sozialer Baubetriebe eine sozialistische Abteilung, die als Spitzenorganisation der deutschen Baugewerkschaften die Aufgabe hatte, die Baugewerkschaften organisatorisch, wirtschaftlich und geistig zu fördern und die Baugewerkschaften zu verankern und zu vertiefen. Im Gegensatz zu den einzelnen Baugewerkschaften, in denen grundsätzlich kein Privatkapital arbeitet, sondern die nur von gemeinnützigem Konsumkapital gespeist werden, arbeitet der Verband sozialer Baubetriebe nur mit dem Kapital, das der Deutsche Baugewerksbund und andere am Baumarkt beteiligte gewerkschaftliche Berufsverbände aufgebracht haben. Der Verband sozialer Baubetriebe wurde am 16. September 1920 mit einem Stammkapital von 5 Millionen Mark (etwa 300 000 Goldmark) gegründet.

Um die Überwachung und Förderung der einzelnen über das Reich verstreuten Baugewerkschaften durchzuführen zu können, hat sich der Verband sozialer Baubetriebe in Anlehnung an die Bezirksverbände des Deutschen Baugewerksbundes Tochtergesellschaften in der Gestalt von 19 Baugewerkschaftenverbänden geschaffen, in denen neben dem Kapital des Verbandes sozialer Baubetriebe das von den bezirkslichen Gewerkschaftsorganisationen aufgebracht wurde. Die Gewerkschaftskapital beteiligt ist. Konsumkapital arbeitet auch in den Bezirksverbänden nicht. Solange die Baugewerkschaften in der Entwicklung begriffen ist, muß sie ihre Organisation als Kampforganisation gegen das Privatkapital ausbauen.

Wenn heute die deutsche Baugewerkschaften rund 210 Baubetriebe umfaßt, von denen ein Teil von vornherein als Baugewerkschaften gegründet wurde, ein größerer Teil durch Umwandlung von Baugewerkschaften in Baugewerkschaften entstanden ist, und in knapp vierjähriger Arbeit 20 000 Bauarbeiter aus dem privatkapitalistischen Joch befreit hat, wenn unsere Baugewerkschaften von Monat zu Monat immer mehr auch in die bauproduzierende Industrie hineinwächst und sich Ziegeleien, Engwerke, Schlackenfabriken, Steinbrüche, Fabriken für Eisen und Kupfer, Schiefergruben usw. angegliedert hat, dann verdanken wir diesen Erfolg neben dem opfermühevollen Stimmungsbaugewerkschaften Hand- und Fußarbeitern in erster Linie der tatkräftigen Unterstützung aus der Zentralverbände der nichtbaugewerblichen Gewerkschaften, die die unerschütterliche Erfolge der Baugewerkschaften für die Arbeiterklasse erlangt haben und den bisher einzigen praktischen Erfolg auf dem Gebiete der Gemeinwirtschaft nicht nur moralisch, sondern auch mit Geld tätigen.

Es ist ganz verständlich, daß die Baugewerkschaften die erste praktische Hilfe von der engeren Berufsgruppe, dem Deutschen Baugewerksbund, erhielt und daß diese Hilfe sich von Monat zu Monat und nach Aufklärung nun auch unter den anderen Gewerkschaften erweitert hat. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die Spitzenorganisation der freien Gewerkschaften, bringt der Baugewerkschaften heute bereits große Leistungen entgegen. Stizen doch in dem Aufschwung des Verbandes sozialer Baubetriebe fast die gesamten geistigen Führer der deutschen freien Gewerkschaften.

Grundsätzlich verständlich ist es auch, daß die sozialistischen Parteien und die sozialistischen Theoretiker der Baugewerkschaften bis vor kurzem noch teilnahmslos gegenüberstanden. Es war es möglich, daß sozialistische Theoretiker der Partei Richter über Sozialisten urteilten, in denen wohl die jüngere und kleinere englische Baugewerkschaftsbewegung erwacht wurde, aber über die ältere und größere deutsche Baugewerkschaften kein Wort zu finden war. Und auch heute noch treffen wir noch auf führende Sozialisten, die entweder eine sozialistische Gemeinwirtschaft gar nicht für unmöglich halten oder auch in sozialistischen oder kommunistischen Kreisen besagen sind, obgleich diese Ideen fast in allen Ländern — Rußland nicht ausgenommen — sich schon zu erfüllen haben.

Es ist eben weit schwieriger, einen Theoretiker als einen Praktiker, einen Parteiführer als einen Gewerkschaftler zu überzeugen. Die Gewerkschaft ist auch noch nicht reif, von der Partei propagiert zu werden. Sie wird und muß der Partei erst zumuten, bevor sie angesetzt wird. Noch fehlt ihr die Allgegenwärtigkeit. Man braucht die Baugewerkschaft heute nicht mehr als "Experiment" zu betrachten, und doch muß die Baugewerkschaft noch weiter entwickelt werden, wenn sie nicht nur 2 u. S., sondern 100 u. S. der deutschen Bauarbeiter

aus dem Joch des Privatkapitals befreien soll. Wie die Gewerkschaften andere Berufsstände, wie die Metallarbeiter, die Textilarbeiter usw. befreien soll, das ist noch ein Problem, das weder theoretisch durchdacht, geschweige denn reif ist für die praktische Verwirklichung. Der Gewerkschaftler kann sich keinen größeren Schaden aufzählen, als wenn er zu früh mit dem Anspruch der Allgegenwärtigkeit hervortritt, die eine Idee zum Dogma macht. Es ist weit leichter, den Sozialismus negativ abzugrenzen, als ihm positive Form zu geben. Was es schon eine unendlich mühselige Aufgabe der politischen Parteien, die Massen zu organisieren und sie mit einer ungefähren Richtung in Marsch zu setzen, so ist es eine weit mühseligere und verantwortungsvollere Aufgabe, das Wohl des einzelnen, das Wohl der Gruppe, das Wohl des Staates und das Wohl der Menschheit aufzubauen. Das Aufzählen aus Unglück und Elend ist ein verhältnismäßig leichter Entschluß. Die politische Partei, die für das Befreiung der sozialistischen Auffassung an die Stelle verantwortlich ist, darf sich erst dann für die Anhebung der Massen auf sozialem Boden einsehen, wenn das unmittelbar merkbare Volk die Lage der Anhebung gelegt hat, denn die Wirtschaft ist keine Sandburg — so sagt Dr. Rosenfeld —, die wie von spielenden Kindern beliebig oft neu aufgebaut werden kann.

Rückblick auf die Mannheimer Aussperrung

Aus Mannheim wird uns geschrieben: Nach 5 1/2 wöchentlicher Dauer hat die Aussperrung in der Mannheimer Metallindustrie ihr Ende erreicht. Mit ganz vereinzelten Ausnahmen ist die Arbeitsaufnahme in allen Betrieben erfolgt. Bei dem Rückblick auf diesen Kampf ist zunächst noch einmal festzustellen, um was es sich hierbei eigentlich handelte.

Die Aussperrung war nur ein Ausschnitt aus dem großen sozialen Kampf, der zurzeit in Deutschland tobt und dessen Ende noch nicht abzusehen ist. In diesem von dem Unternehmertum — als hervorragenden Vertreter der bestehenden Klasse — hervorgerufenen, mit aller Rücksichtslosigkeit geführten Kampfe geht es um nichts anderes, als die Lasten und Folgen des verlorenen Krieges auf die Schultern des Proletariats abzuwälzen.

Die Unternehmer beschützten durch ihre Maßnahmen, das Lohn-einkommen so tief zu halten, daß der Arbeiter kein anderer Ausweg zur Bedeckung der Lebenshaltungskosten übrig bleibt, als die tägliche Arbeitszeit immer mehr auszuweiden und ihre Arbeitsleistung bis zum Zusammenbruch der Kräfte zu steigern. Damit noch nicht genug, sollte durch die Aussperrung den Gewerkschaften ein vernichtender Schlag berührt werden. Die Arbeiterklasse würde ihres Rückhalts beraubt sein und die Unternehmer könnten ihren Ausbeutergelüsten die Fügigkeit schenken lassen. Die Mannheimer Metallbetriebe wären Musterwerkstätten der Sklaverei geworden. Durch das Gelingen des Anschlages hätten die Metallgewaltigen ihren Zweck erreicht: alle Lasten auf die Arbeiterklasse abzuwälzen, ihre Profite und ihr Wohlleben zu sichern. Daß es den Herrschenden Ernst mit ihrer Absicht war, bestätigt seitdem der Ausspruch ihres Syndikus Dr. Frisch in der Verhandlung: "Ihr könnt noch monatlich freier sein, ohne zu erreichen, daß der Grundlohn auch nur einen Pfennig erhöht wird."

Es ist demnach anders geworden, als die Unternehmer rechneten. Trotz aller Schamhaftigkeit endete die Aussperrung mit einem abgesehenen Erfolg für die ausgesperrten Metallarbeiter. Der Erfolg liegt nicht allein darin, daß entgegen der grundsätzlichen Erklärung der Metallindustriellen eine Erhöhung der Grundlöhne und der Abschaffung von rund 10 u. S. erreicht und die vorgelegenen Maßregelungen vereitelt wurden, sondern und vor allem, daß der Anschlag der Metallindustriellen auf die Ehre der Metallarbeiter abgewiesen wurde.

Die Metallarbeiter haben an dem entscheidenden Tage bewiesen, daß man in ihren Reihen Streikbrecher und Verräter vergeblich sucht. Der Tag, an dem die Unternehmer erwarteten, mit Hilfe erbärmlicher Wächter von Streikbrechern ihre Betriebe unter ihren Bedingungen wieder in Gang setzen zu können, war entscheidend für ihre Niederlage. Der Versuch der Unternehmer, die Kammerarbeit ihrer Arbeiter zu belebigen und die Gewerkschaften zu zerschlagen, wurde durch die unmissverständliche Fundgebung der Arbeiter vor den gesteuerten Substruktoren vereitelt. Nicht gebremst, sondern unter Verhinderung, die sie sich erlaubten, haben die ausgesperrten Metallarbeiter die Tätigkeit wieder aufgenommen. Ihre Gewerkschaft, der Deutsche Metallarbeiter-Verband, liegt nicht zerstückelt am Boden, im Gegenteil, er ist gestärkt aus dieser Bewegung hervorgegangen.

Die Arbeit wurde unserer Gewerkschaft nicht leicht gemacht. Abgesehen von dem als selbstverständlich hinzunehmenden heftigen Widerstand der Unternehmer, den es zu überwinden galt, wurde ihr der Kampf durch irreführende Leute aus den eigenen Reihen der Aussperrten erschwert. Unter dem vielversprechenden Namen "revolutionäre Streikleitung" sammelten unläuter Streikbrecher verärgerte Kollegen um sich. Sie erreichten damit, daß die kämpfenden Kollegen in einer Zeit des schwersten Ringens in zwei Lager gespalten wurden — zum Schaden der Aussperrten und zur Freude der Unternehmer. Das ist aber auch alles, was sie erreichten. An Verzögerungen und "revolutionären" Auftritten, an unflätigen Verleumdungen der freien Gewerkschaften haben sie es und ihr Sprachrohr, die kommunistische Arbeiter-Zeitung, nicht fehlen lassen. Im Verpöhlen und Verleunden Meistern, im Wortschlagen über und Kolportieren erbärmliche Stümper, haben diese Mannhelden nicht den Mut aufgebracht, die in ihren Verwundungen aufgestellte Forderung der Unternehmung vorzutragen, geschweige denn zu vertreten. In der entscheidenden Stunde des Kampfes, als der Bluff der Unternehmer mit dem gelben Karten einsetzte, wüßte ihnen ihr revolutionäres Heldenstück in die Hozen. Sie verneigten. Erst nachdem die freigebergschaftliche Kampfleistung in richtigem Erkenntnis der kritischen Lage die notwendigen Maßnahmen angeordnet hatte, häßte ihr mütiges Herz wieder in seine frühere Höhenlage empor, und auch die kommunistische Arbeiter-Zeitung fand wieder Worte. Der Kreis der Kollegen, der sich von den "revolutionären" Mannhelden befreit hat, ist, was nicht wundernehmen läßt, arg enttäuscht.

Die glückliche beendete Aussperrung beweist, was Einzeltätigkeit, tatkräftiges Handeln und Vertrauen in die Führung zu ertingem vermag. verkappt sehr schnell das Drohverbot der Berufsverbände. Jüngere Arbeiter ist die leichteste Flüssigkeit, die man kennt. Ein Kol, in flüssigen Wasserstoff geschacht, halt unter, weil kein bestimmtes Gewicht etwa dreimal so groß ist wie das der Flüssigkeit. Man kann flüssigen Wasserstoff, ganz ähnlich wie flüssige Luft, etwa 24 bis 26 Grad in doppelwandigen Gefäßen, deren Zwischenraum luftleer gemacht ist, aufbewahren. Das Problem ist der beste Schutz gegen das Eindringen der Wärme von außen her. Durch Druck allein läßt sich weder Wasserstoff noch Luft in flüssigen Zustand bekommen. Jeder Wasserstoff zinnal in den flüssigen Zustand übergeführt, so ist es sehr einfach, ihn in einem festen Körper zu verwandeln. Die Flüssigkeit wird einfach durch richtiges Behältermaterial in einem Behälter unterirdisch und gefriert. Der feste Wasserstoff sieht ähnlich aus wie Glas und ist der leichteste aller bekannten festen Körper, er kann ebenfalls nur lange Zeit aufbewahrt werden. In der Laboratorium der großen amerikanischen General Electric Co. ist ein Ballophonophor ein besonderer Apparat erfunden worden, der die Aufzeichnung und auch die Übertragung der Töne ermöglicht, und zwar mit einer Genauigkeit, die jene des gewöhnlichen Phonographen weit übertrifft. Beim Betrieb des neuen Apparates spielen die Schallwellen, insbesondere die Töne (phono), die Schwingungen (phono) und die Schwingungen (phono) eine besondere Rolle. Jenseits sind die physikalischen Annahmen des Ballophonophors, das zum Beispiel in den Stand setzt, das gesprochene Wort, Musik und dergleichen unter Lautverfälschung zu übertragen, lassen sich auf einen Streifen aufzeichnen und wiederum durch den Ton wiedergeben. Der neue Apparat ermöglicht es, in der Fernsprechleitung auf dem Film gleichzeitig mit dem Bild auch die begleitenden Gespräche aufzunehmen, so daß eine neue Art der Fernsprechleitung möglich ist. Dazu kommt noch, daß das Ballophonophor es auch erlaubt, die auf einem Streifen auf-

Es ist kaum zu bezweifeln, daß der Kampf von kürzerer Dauer und noch erfolgreicher gewesen wäre, wenn sich die kämpfende Arbeiterklasse nicht durch das Treiben von Zungenklägern hätte beirren lassen. Lernen wir aus dem abgeklafften Kampf und hüten wir uns, eine beratig gefährliche, die Sache der Arbeiterklasse schädigende Machenschaft wieder aufkommen zu lassen.

Wie wir schon einleitend feststellten, ist der abgeklaffte Kampf nur ein Ausschnitt aus dem gewaltigen sozialen Ringen dieser Zeit. Es ist nicht ausgeschlossen, daß wir über kurz oder lang in neue Kämpfe verwickelt werden. In Erkenntnis dessen ist es die Pflicht aller Kollegen, sich in der Zwischenzeit zu rüsten und zu wappnen. Das kann am besten geschehen, wenn eine rege Werbetätigkeit für den Deutschen Metallarbeiter-Verband einsetzt, daß die freien Gewerkschaften zu einer Festung ausgebaut werden, die in gefährlichen Zeiten allen Anstürmen eines herrschsüchtigen und ausbeutenden Unternehmertums widersteht.

Die Unternehmer auf dem Sempelfang

Die letzte Zeit flogen uns überaus viel Rund- und Geheim-schreiben der Unternehmer oder ihrer Organisationen zu. Diese Schreiben zeigen, daß sich die Herren in ihre goldene Zeit vor dem Kriege zurückversetzt fühlen. Sie demütigen dazu mißliebige oder an Lohnbewegungen beteiligte Arbeiter, ja selbst solche, die wegen zu geringer Bezahlung gekündigt haben. Dann schwören sie um Namen von Arbeitern, die sich als Bezieher für ein gelbes Blatt eignen, wie folgendes Schreiben beweist:

Arbeitgeberverein Arnberg, den 28. April 1921.
für das jüddstl. Westfalen, Arnberg.
Tg. Nr. 130.

An unsere Mitglieder!
Wir machen hiermit auf das Blatt "Deutsche Berggemein-schaft" ... aufmerksam Die Geschäftsstelle bittet uns um Angabe von Arbeiter- und Angestelltenadressen, damit das Blatt diesen in die Wohnung zur wirtschaftlichen Aufklärung gesandt werden kann... Die recht gut geschriebenen Artikel belehren die Arbeiter darüber, daß Streiks nur politische Manöver sind, die den Mitgliederbund der Gewerkschaften heilen sollen, das Wirtschaftsleben aber untergraben und damit in erster Reihe den Arbeiter schädigen. Die erste Vorbedingung für eine Besserung ist die Hebung der Wirtschaft durch ihre Befreiung von den Lasten des Versailles Vertrages und der Neuverträge und durch Mehrarbeit. Es wird (in dem gelben Blatt) eine weitere Spanne zwischen den Söhnen der gelehrten und ungelerten Arbeiter gefordert, ebenso die Wiedereinführung der Vorkriegsarbeitszeit. Die überbetriebliche Lohnregelung, das ist durch Tarifverträge, wird bekämpft. Bekanntlich hat der Nationalverband deutscher Berufsverbände, wie die Betriebsratswahlen zeigen, überall in letzter Zeit sehr an Boden gewonnen...

Geschäftsvoll
Arbeitgeberverein für das jüddstliche Westfalen.
gez. Bergat u. Stal.

Daß der Arbeitgeberverein aus Haß gegen die Arbeiterklasse für das gelbe Blatt schwört, bestätigen die Stellen des Schreibens, die wir im Druck gesperrt wiedergegeben haben. Viel Nutzen wird das gepriejene Papier den Herren Deutschnestern nun allerdings nicht bringen, denn es ist plump bis zur Wirkungslosigkeit geschrieben. Von Arbeitern annehmen, daß sie ein Blatt bezahlen, das Mehrarbeit, Lohnkürzung und Wiedereinführung vorkriegsähnlicher Schamlosigkeit fordert, läßt auf nicht alltägliche Kindlichkeit schließen.

Die richtigen Klassenkämpfer

Die kommunistische Niederländische Arbeiterzeitung vom 24. Mai bringt eine Notiz über die Beendigung der Aussperrung der Metallarbeiter im Bezirk Minden. Das kommunistische Organ schreibt, durch die Schuld der reformistischen Gewerkschaftsbürokraten ist die Bewegung zusammengebrochen. In Wahrheit konnte aber der heldenhafte gesteuerte Streik keinen vollen Erfolg bringen, da ein großer Teil kommunistischer Streik- und Sperrbrecher ihr Spiel trieben. Der Streik mußte durch einen Beschluß der Aussperrten beendet werden, weil die radikalen Großmänner den kämpfenden in den Rücken gefallen waren. Als die Unternehmer in Minden nach 14tägiger Aussperrung die Betriebe öffneten, ließen sofort die Kommunisten Reinhard, Sachmann, Peter, Kleibistel, Petring, Aulerich und Schütte in die Betriebe. Drei von diesen Helben sind sogar Betriebsräte gewesen. Reinhard agitierte sogar unter dem Aussperrten, um sie zum Verrat an den eigenen Kollegen zu verleiten. Er hat es auch fertiggebracht, daß zehn bis zwölf jüngere Arbeiter ebenfalls zum Verräter wurden. Sachmann, ein wirklicher "Klassenkämpfer", der den Kampf gegen das Kapital immer bis aufs Messer predigte, der Sebering, weil zu reformistisch, den Hals abschnitten wollte, wurde Streik- und Sperrbrecher um den Preis eines Vorarbeiterpostens. Ebenso der Kommunist Peter. Die obengenannten Kommunisten haben auch um weitere Streikbrecher gewonnen, also heldenhafte Schulter an Schulter mit den deutschnationalen Arbeitgebern für das ihnen so verhasste Kapital gegen ihre eigenen Klassen-genossen gekämpft. Das also sind die geborenen Generalstreiker und "Klassenkämpfer" Proletarier. Gätten die Reformisten, die bis zum Schluß angehalten haben, auch so heldenhafte gekämpft wie diese Kommunisten, wöch ein herrlicher Sieg wäre zustande gekommen!
B. Pfelefeld.

Die Macht der Presse

Ernst Waldmann hat ausgerechnet, daß die Zeitungen Frankreichs ihren Lesern jährlich einen Stoff bieten, der rund 20mal größer ist als der aller jährlich erscheinenden Bücher zusammen. Das Verhältnis der Zeitungen zu den Büchern ist für Deutschland nicht bekannt, doch dürfte es im großen und ganzen ähnlich sein. Und ähnlich ist auch im besonderen das Verhältnis der proletarischen Presse zu den Büchern aus dem Gebiete der proletarischen Bewegung. Damit ist auch die Gewerkschaftspresse ein Kulturfaktor allerersten Ranges, dessen Wert noch verdoppelt wird, wenn jeder einzelne sein Blatt. hat es als Makulatur zu gebrauchen, regelmäßig zum Lesen weitergibt an die, für die es von aufläurendem Werte ist.

Was die Technik Neues bringt

Von Dipl.-Ing. A. Kzege (Münch. verb.)
Wasserstoff-Verflüssigungsmaschine. — Das Ballophonophor, ein physikalischer Apparat zur Aufzeichnung und Übertragung der Töne. — Das Wand-Metall.
Es mag etwa 25 Jahre her sein, als es Debar gelang, den Wasserstoff, jenes gasförmige, farb-, geruch- und geschmacklose Element zu verflüssigen, das den leichtesten aller bekannten Stoffe darstellt. Ein flüssiger Wasserstoff ist wiederholt erzeugt worden, jedoch geschähe ein bestimmtes Gewicht dazu, und dann war immer die gleiche Menge nur äußerst gering. Kezzer's Nachforschungen führten ihn nun in der amerikanischen Ballophonophor-Verflüssigungsmaschine eine Wasserstoff-Verflüssigungsmaschine gebaut worden, die in regelmäßiger Weise und ohne besondere Schwierigkeiten flüssigen etwa 2 Liter flüssigen Wasserstoff liefert. Dadurch wird es möglich, leicht und auf mühelose Weise Wasserstoff zu erzeugen, die nur wenige Cente nur abgeben. (— 22 Grad) erzeugt. Das Ballophonophor, ein physikalischer Apparat, zeigt — 22 Grad Celsius, während der durch rasche Verdampfung der Flüssigkeit erzeugte feste Wasserstoff eine Temperatur von — 22 Grad ergibt. Das Verfahren zur Umwandlung des gasförmigen Wasserstoffes in eine Flüssigkeit ist ähnlich der bekannten Sublimierung, was hier immer bei sogenannter Begriffsverwirrung zu besprechen, nur mit dem Unterschied, daß im Reagen des Arbeitsverfahrens des Wasserstoffes zunächst auf — 20 Grad abgekühlt wird, was man durch beschleunigte Verdampfung flüssiger Luft unter vermindertem Druck erreicht. Der Erzeugung flüssigen Wasserstoffes ist es unbedingt erforderlich, nur winzige Gas zu verwenden. Die geringste Beimengung von Luft gefriert aus und die feste Luft

genommenen Töne direkt auf funktentelephonischem Wege in die Ferne zu senden. Bei der Aufnahme eines Gespräches werden die Schallschwingungen im Apparat zunächst in Lichtschwingungen umgewandelt, während umgekehrt bei der Wiedergabe eine Umwandlung der Lichtschwingungen in Schallschwingungen erfolgt; eine wichtige Rolle spielen dabei gewisse chemische Elemente oder Verbindungen, deren elektrische Leitfähigkeit sich stark ändert, sobald sie vom Licht getroffen werden.
Die Wirkungsweise des Ballophonophors ist im allgemeinen etwa folgende: Ein mit einer Membran versehenes Schallröhren nimmt die Schallschwingungen auf und bringt einen kleinen Spiegel zum Vibrieren, auf dem unter Zuhilfenahme einer Linse das Licht einer Glühlampe gerichtet ist. Das von dem vibrierenden Spiegel zurückgeworfene Lichtstrahlenbündel trifft nun die in einem elektrischen, mit Verstärkungen versehenen Schwingungstromkreis befindliche Zellenzelle, was zur Folge hat, daß im Stromkreis Stromschwankungen entstehen, die an irgend einer Stelle in einem Telephon wieder in Schallschwingungen zurückverwandelt werden können. Die Empfindlichkeit der Vorrichtung ist so groß, daß sie schon anspricht, wenn man sich in etwa 15 Meter Entfernung vom Schalltrichter aufstellt und ganz leise vor sich hin spricht. Werden die von dem schwingenden Spiegelgehenden Lichtstrahlen auf einem photographischen Streifen fixiert und läßt man unter Zuhilfenahme einer Lichtquelle das Positive dieses Streifens an der Zellenzelle vorbeistreichen, so hört man im Telephon ebenfalls die Töne. Statt des Telephons kann auch eine radiotelephonische Sendestation in den Stromkreis eingeschaltet werden. Ist einmal unter Mitwirkung eines Drehfeldes oder einiger Künstler ein Film aufgenommen, so wird es möglich, das Bild, so oft es gewünscht wird, einfach dadurch "runterzufunkeln", daß man den Streifen vor der Zellenzelle ablaufen läßt.

Französischer Brief

Von F. Vade

Sekretär des französischen Metallarbeiter-Verbandes

Als in Frankreich die Steigerung der Unterhaltskosten eine Erhöhung der Löhne heizte, nämlich um die Jahresmitte von 1915, wurde die Arbeiterklasse dafür verantwortlich gemacht. Die Presse unternahm einen planmäßigen Feldzug, um zu zeigen, daß die Lohnerhöhung die Ursache der beginnenden Teuerung sei. Die einer menschlich begreiflichen Regierung entsprechende Feindseligkeit gegen die hinter der Front mobilisierten Arbeiter neugierig, wurden die Munitionsarbeiter als die neuen Reichen hingestellt, während in Wirklichkeit die Löhne, von seltenen Ausnahmen abgesehen, niemals in einem geraden Verhältnis zu den Unterhaltskosten standen. So entstand die Mär von den hohen Löhnen, dank welcher es den Kriegsgewinnlern gelang, die Verantwortung auf die Schultern von Unschuldigen zu schieben.

Sobald, wenn sich eine neue Teuerungswelle zeigte, wurde auf die angeblich hohen Löhne hingewiesen. So konnte die Öffentlichkeit zu der Meinung verleitet werden, der Arbeiterlohn sei die einzige Ursache der emporschnellenden Warenpreise. Es mußte erst — im Laufe des letzten Jahres — der Zusammenbruch des Frank kommen, ehe unsere wirtschaftlichen Machhablenden die Presse ermächtigten, dem guten Publikum kund und zu wissen zu tun, daß auch der Niedergang der Währung nicht ganz unschuldig an der Verschlimmerung sei. Wir unjenseits bemühten uns, darzulegen, daß die unheilvolle Außenpolitik Poincarés, die unseren Kredit auf dem Weltmarkt schädigte, zur Steigerung der Kosten des Lebensunterhalts führe. Unnützig, so sagen, daß wir als schlechte Franzosen hingestellt wurden. Als dann aber der von uns vorausgesagte Zusammenbruch eintrat, sahen sich unsere „guten Franzosen“ gleichfalls verpflichtet, dem verdutzten Publikum das Währungsproblem klarzumachen.

Welches war nun der wirkliche Einfluß des Franksturzes auf den Stand der Lebensunterhaltskosten? Offen gestanden, machte sich die Geldentwertung nicht in ihrer ganzen Größe bei den Preisen fühlbar. Woraus man nun freilich nicht schließen darf, daß die Preise im ersten Vierteljahr 1924 nicht gestiegen seien. Wenn die Bevölkerung die Wirkung der Geldvermehrung nicht in ihrer ganzen Schwere fühlte, so, weil die Großhändler als auch die Kleinhändler nicht bis zur Geldbrille gewartet hatten, die Preise für bestimmte Lebensmittel, wie Zucker, Kaffee usw., weit hinaufzusehen. Die Händler hatten schon die bloße Ankündigung der Verordnungen, die Poincaré vom Parlament verlangte und die eine Erhöhung der Verbrauchssteuern um 20 v. H. vorsahen, als Vorwand für eine vorzeitige Preissteigerung benutzt.

Aus diesen und noch anderen Gründen hatte die Währungskrise eine verhältnismäßig leichte Wirkung auf die Kosten des Lebensunterhalts, auch die Entwertung des Frank machte sich bei den Löhnen kaum fühlbar. Da aber die Kaufkraft der Löhne schon bei Beginn des ersten Vierteljahres von 1924 vollständig unzulänglich war, sah sich die Arbeiterklasse gezwungen, auf der ganzen Linie Forderungen zu stellen. In dieser Stunde schlug der Unterschied in der gewerkschaftlich-kämpferischen Auffassung den beiden Richtungen der französischen Gewerkschaftsbewegung in die Augen. Der alte Gewerkschaftsbund (C.G.T.) hatte seit langem seine Taktik in Sachen der Lohnsteigerung festgelegt, die in einer schrittweisen, fortwährenden, nach Maßgabe der Preissteigerung zu fordernden Lohnerhöhung besteht, während der neue (kommunistische) Gewerkschaftsbund mit einem Satz, sozusagen gewaltam die Lohnfrage entscheiden wollte. Er verkündete laut, lärmend die Lösung der 6 Franken.

Diese Forderung bedeutete eine einheitliche Erhöhung des Tagelohnes für die niedrigen wie für die hohen Löhne. Obwohl die Forderung den schweren Nachteil hatte, nichts zu helfen, fand sie dennoch, vielleicht wegen ihrer Einfachheit, viele Anhänger unter den Arbeitern. Eine recht lebhaft bewegte in den Industriebezirken war die Folge, und schließlich eine Reihe Ausstände. In keiner der unter der Lösung der 6 Franken entstandenen Bewegungen wurde dieser Satz erreicht, und einige Ausstände, wie der in St. Etienne, endeten mit einem vollständigen Misserfolg. In der Zeit vom 1. Oktober 1923 bis 30. April 1924 ist weder durch eine Bewegung der kommunistischen noch durch eine der „reformistischen“ Gewerkschaften eine über vier Franken hinausgehende Erhöhung des Tagelohnes erreicht worden. Unsere Taktik der schrittweisen, aber ständigen Anpassung des Lohnes ermöglichte die Lohnverbesserung durch Unterhandlungen. Nur in seltenen Fällen mußten die „reformistischen“ Gewerkschaftsgruppen zum Streik greifen. Unser Verband hatte in der genannten Zeit nur einen einzigen Misserfolg zu buchen.

Die Bewegungen der kommunistischen Gewerkschaften wurden von dem Unternehmertum vielfach zur Stärkung seiner Stellung genutzt. Die nach den unglücklich verlaufenen Bewegungen angewendeten Gewaltmaßnahmen trafen, wie immer, die Tätigsten unter den Kämpfern. Unsere Mitglieder, wie sie auch über die Möglichkeit der von den Kommunisten aufgestellten Bewegungen dachten, wollten selbstverständlich nicht die Arbeit der Gelben verrichten und wurden natürlich ebenfalls von der Brut des Unternehmertums bedacht. Durch die Beseitigung der eifrigen, einflussreichen Gewerkschaftler kamen die Industriellen wieder jener Selbstherrlichkeit vor dem Kriege nahe.

In der chemischen Großindustrie sind oft Apparate und auch Maschinen oder Maschinenteile erforderlich, welche dauernd in Verbindung mit Säuren und Salzlösungen stehen. Das Baumaterial, das hierfür in Betracht kommt, muß gleichzeitig chemischen Einflüssen widerstehen und auch genügend mechanische Festigkeit besitzen, was sich oft nur schwer vereinigen läßt. Stoffe, wie Hartgummi und Stein, die früher zur Verwendung kamen, werden heute vielfach durch eine Metalllegierung, hauptsächlich durch eine unter dem Namen Monel-Metall bekannte Nickellegierung ersetzt, die den in der Praxis gestellten Anforderungen viel besser genügt; sie enthält etwa 2,3 Teile Nickel auf einen Teil Kupfer, läßt sich im warmen und kalten Zustand schmieden, schweißen und mechanisch bearbeiten und wird beispielsweise von zehnpromzentiger Schwefelsäure noch nicht angegriffen. Bezüglich der Festigkeitseigenschaften steht das Monel-Metall auf der gleichen Stufe mit Stahl.

Als typisches Beispiel für eine Maschine, die starken chemischen Einflüssen zu widerstehen hat, sei die Säurepumpe erwähnt; hier wird der Zylinder, der Kolben, das Gestänge und in besonderen Fällen die ganze Pumpe aus Monel-Metall hergestellt. Handelt es sich darum, hart saure Lösungen zu filtern, so verwendet man heute zweckmäßig ein aus feinem Monel-Drähten bestehendes Filtriergitter, das große Säure beständig und nicht der Abnutzung unterworfen ist. Ferner werden Tanks, Rohrleitungen, Rührkessel und dergleichen aus der neuen Nickellegierung hergestellt oder wenigstens mit dünnen Wänden ausgekleidet, die aus ihr bestehen. Mit einem Wort gesagt, man erweist heute in der chemischen Technik alle jene Teile, welche hart unter Anstrengungen zu stehen haben, vornehmlich durch die neue Nickellegierung, also zum Beispiel auch gewisse Teile der großen automatischen Wagen, über welche die in der Fabrik benutzten Chemikalien geleitet werden, des weiteren das Getriebe der Flüssigkeitszähler usw. Sauge greift Monel-Metall selbst bei hohen Temperaturen nicht an.

Obgleich die Unternehmer vielfach über streikende Arbeiter klagten, hatten sie doch empfindliche Geldverluste und schwere Störungen des Betriebes zu verzeichnen. Um sich Sicherheit gegen künftige Störungen und Schädigungen zu schaffen, trachteten die Unternehmer danach, die Zahl der fremden Arbeitskräfte weiter zu vermehren.

Vor dem Kriege waren in der Metallindustrie des Nordens, des Nordostens und des Ostens Frankreichs die fremden Arbeiter am zahlreichsten. Man zählte damals im Departement Meurthe-et-Moselle und im Süden von Brley 45 000 ausländische Leute, meist Italiener. In den Ardennen als auch im Norddepartement, im Gebiete von Jeumont und Blanc-Miscron, machten die belgischen Arbeiter gegenüber den französischen 80 v. H. aus. In den anderen Teilen des Landes aber waren die fremden Arbeitskräfte viel weniger zahlreich.

Seit dem Kriege jedoch hat sich die Verwendung von ausländischen Arbeitern nicht nur verallgemeinert, sondern sie werden auch jetzt aus Ländern geholt, die einst nur äußerst spärlich vertreten waren. In den Departements des Nordens stellen die Belgier und Italiener nach wie vor die stärksten Haufen. In dem Süden von Maubeuge zum Beispiel arbeiten nach der amtlichen Zählung nicht weniger als 80 000 Belgier (davon zwei Fünftel in der Metallindustrie), die tagtäglich heim nach Belgien fahren. In den anderen Gegenden aber, besonders dort, wo sich der Krieg abspielte, als auch in der Umgebung von Paris sind die Chinesen, Marokkaner und Araber in ziemlich stark zu finden. Während Marokkaner und Algerier nur unter der Tagelöhnerschaft anzutreffen sind, begegnet man unter den Chinesen zahlreichen Handwerkern. In dem Werke von Renault in Billancourt werden nicht weniger als tausend Chinesen als Dreher, Monteur und Fräser beschäftigt.

Diese chinesischen Proletarier bilden eine Art Kolonie, wo sie in den besten gesundheitlichen Verhältnissen leben, im Gegensatz zu ihren afrikanischen Schicksalsgenossen, die allernächste ein Bild der elendesten Schmutzigkeit bieten. In den anderen Industrieplätzen sind die Marokkaner und Algerier, zu denen sich eine Anzahl Polen und Griechen gesellt, hauptsächlich als Tagelöhner in der Schwermetallindustrie und den chemischen Werken beschäftigt.

Bis jetzt will es scheinen, als ob die Unternehmerschaft mit ihrem Plane ziemlich gut fährt. Der Zustrom der fremden Arbeitskräfte, der starke Haufen unbeschäftigter Menschen verbürgt, erlaubt den Unternehmern, die Arbeiterforderungen zurückzuweisen, und da die fremden Arbeiter, welcher Nation sie auch sein mögen, schwer zu organisieren sind, sind sie viel leichter zu beherrschen als die französischen, außerdem heben sie dort, wo sie in großer Zahl beisammen leben, den Einfluß der Gewerkschaft auf.

Von den fremden Arbeitern sind die asiatischen und afrikanischen nicht nur die gewerkschaftsfeindlichsten, sondern sie bilden auch das schwerste Hindernis für die Erhöhung der Löhne. Da sie ganz andere, kargere Lebensgewohnheiten haben als die französischen Arbeiter, geben sie sich mit einer Bezahlung zufrieden, die oft weit unter dem Durchschnitt der Gegend steht. Merkwürdig sind auch ihre Leistungen meist weit geringer als die der Einheimischen oder der andern Europäer. Man kann daher wohl annehmen, daß sie nach und nach vom französischen Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden.

Die kurzen Betrachtungen, die wir hier angestellt haben, zeigen, daß die Lage für die französische Arbeiterklasse recht schwierig ist. Sie wird solange so bleiben, wie das Unternehmertum ausgeglichen, die Arbeiterkraft jedoch sehr schwach organisiert ist. Inbesseren, in Anbetracht der Niederlage des nationalen Blods glauben wir zu der Hoffnung berechtigt zu sein, daß sich die Verhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse ändern werden. Freilich drängt uns eine lange Erfahrung mit den Parteien der Linken als auch die niederdrückende Wirkung der kommunistischen Tätigkeit die Gewißheit auf, daß die Zeit der Schwierigkeiten noch nicht vorbei ist. Immerhin glauben wir, diese dank der politischen Wandlung zum Besseren leichter überwinden zu können.

Verbandsstag der Metallarbeiter Belgiens

Der Verbandsstag fand am 24. und 25. Mai im Brüsseler Volkshaus statt. Er war von 180 Abgeordneten besucht, die 113 000 Mitglieder vertreten. Auf der Tagesordnung stand neben dem Tätigkeitsbericht des Vorstandes das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in Betrieben, die Arbeiterferien und noch manches andere. Sieben ausländische Bruderverbände hatten je einen Vertreter entsandt, vom Deutschen Metallarbeiter-Verband war Kollege Brandes erschienen. Nach Beendigung der Begrüßungsreden der fremden Abgeordneten wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Der Verband der belgischen Metallarbeiter stellt fest, daß die Bergleute und Metallarbeiter Deutschlands im Kampfe stehen gegen die Reaktion, um den Achtstundentag zu erhalten. Der Verbandsstag sendet den deutschen Arbeitern seine Grüße und er hofft, daß das internationale Gemeinschaftsgefühl der Metallarbeiter unerer deutschen Kollegen ermöglicht, siegreich aus diesem Kampfe hervorzugehen, den sie gegen das reaktionäre Unternehmertum führen.

Bei der Besprechung des Tätigkeitsberichts des Vorstandes kam es zu einer großen Aussprache über die Dringlichkeit der Erhöhung der Beiträge, die vom Vorstand beantragt worden war, um die Streikunterstützung, die heute 6 bis 8 Franken den Tag beträgt, zu erhöhen. Bei dieser Gelegenheit entspann sich eine, wie man gesehen muß, recht lehrreiche Auseinandersetzung über die Richtigkeit des Streiks als Kampfmittel, wie über die gewerkschaftlichen Waffen überhaupt. Zu mehr als einer Andeutung der Aussprache fehlt hier der Raum. Wäre es genüge, noch anzuführen, daß die Mehrzahl der Redner der Meinung ist, daß eine große Gewerkschaft heute ihr Streben darauf zu richten habe, so stark zu werden, daß sie durch das Schwergewicht ihrer (latenten) Macht allein schon ihre Forderungen durchzusetzen in stande sei. Die Beitragserhöhung wurde dann mit 90 000 gegen 74 000 Stimmen abgelehnt, doch ist, wie verschiedene Erklärungen erkennen lassen, die Ablehnung nicht als gegen die Erhöhung der Beiträge anzusehen, sondern gegen die Aufbesserung des Streikunterstützung.

Aber das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betriebe gehen bei der belgischen Kollegenchaft, wie die Aussprache zeigt, die Meinungen noch auseinander. Die einen sehen darin die Rettung der Industrie durch die Arbeiter, die andern die Teilnahme der Arbeiter an der Regelung der die Arbeiter betreffenden Angelegenheiten, wie Einstellung, Entlassung u. dergl. Auch schwanken die Meinungen darüber, ob das Mitbestimmungsrecht auf gesetzlichem Wege oder durch gewerkschaftliche Handlung erstrebt werden soll. Eine Entschliessung, die beide Wege preist, fand die Zustimmung der Versammlung.

Verbandsstag der italienischen Metallarbeiter

Der italienische Metallarbeiterverband hielt kürzlich, wie wir der Lette Syndicals entnehmen, seinen achten Kongress in Mailand ab, dem der Sekretär der Eisen Internationalen, Kollege Sig. beiwohnte. In dem Bericht des Vorstandes, den der Sekretär D. u. o. j. erstattete, wird der Wandel der Mitgliederzahl wie folgt angegeben: 1914 11 471, 1918 47 192, 1919 96 188, 1920 151 980, 1921 107 000, 1922 50 387, 1923 23 523. Demnach ist trotz der Zerschlagungen durch

die Faschisten und trotz der Beseitigung der Koalitionsfreiheit die zahlenmäßige Stärke des Verbandes heute noch doppelt so hoch als im Jahre 1914. Der Kongress hat mit 79 v. H. der vertretenen Mitglieder die sozialistisch-gewerkschaftliche Taktik beschlossen. Die Zeitung liegt in den Händen von Kollegen, die der geringsten sozialistischen Partei angehören. Auf dem Kongress vertreten die Nationalisten 11, die Kommunisten 10 v. H. der Mitgliederstimmen.

Ende der Großausperrung in Norwegen

Zum Zwecke der Beilegung dieses schon seit dem 14. Februar tobenden Kampfes (vergl. Nr. 20 der MZ) bewilligte sich der Reichsschlichtungsbeamte unausgesetzt, die zerklüfteten Fäden zwischen Unternehmern und Arbeitern wieder anzuknüpfen. Schließlich kam es zu einem Vergleichsvorschlag, der am 24. Mai zur Abstimmung stand. Von den 80 000 Streikenden und Ausgesperrten stimmten 10 872 für die Annahme des Vorschlags, dagegen, trotz der unausgesetzten Agitation der Antikommunisten für einen Generalstreik, aber nur 8247.

Nach dem angenommenen Vergleichsvorschlag werden die Streiks in der Eisenindustrie und die Ausperrungen und Sympathiestreiks sofort aufgehoben. Sofort nach Wiederaufnahme der Arbeit begannen die Verhandlungen über die neuen Verträge. Die Unternehmer ließen ihre Forderung von „Garantien“ fallen, nachdem die Vertreter des Gewerkschaftsbundes in den wiederholten Verhandlungen vor dem Reichsschlichtungsbeamten mehrmals erklärt hatten, daß abgeschlossene Verträge auch gehalten werden sollen. Der Kampf im Transportgewerbe bleibt von der Abmachung unberührt. Der Kampf der norwegischen Arbeiter war sehr hart, aber er hat auch mit einem guten Erfolg geendet, da es den Unternehmern nicht gelang, die „Garantien“, also ihre Hauptforderung, durchzusetzen.

Bemerkenswert und lehrreich ist wieder einmal das Verhalten der Kommunisten. Sie haben nicht untersucht gelassen, um das Feuer zu schüren. Zur Unterstützung der Kämpfenden brachte die Rote Gewerkschaftsinternationale jedoch nur ganze 17 000 norwegische Kronen auf. Zugleich verlangte sie aber auch, daß der Kampf durch Einbeziehung sämtlicher Arbeiter in den Staats- und Gemeindebetrieben erweitert werden solle. Inwiefern das den Kämpfenden nützen sollte, ist nicht verallgemeinbar. Die norwegischen Arbeiter waren jedoch klug genug, diesem Räte nicht zu folgen. Nun soll ein Nachspiel erfolgen, indem alle Mitglieder der linkskommunistischen Partei, die für den Vergleichsvorschlag gestimmt haben, aus der Partei ausgeschlossen werden sollen.

Achtstundentag in der amerikanischen Stahlindustrie

Die im Laufe des Jahres 1923 in den meisten großen Stahlwerken Amerikas vorgenommenen Verfüzungen der bisher üblichen zwölfstündigen Arbeitszeit zu einer achtstündigen, das ist die Einführung des Dreischichtensystems, stellt das bedeutendste, absolut und folgenreichste Ereignis in der Geschichte der amerikanischen Stahlindustrie dar. Der soeben veröffentlichte Jahresbericht der Bethlehem Steel Corporation und der des Stahlwerks löst deutlich die Wirkungen erkennen, die diese scharfe Abkehr von den bisherigen Gepflogenheiten in der genannten Industrie ausgeübt hat, und nach dem Tone zu schließen, in dem diese Wandlung in den beiden Jahresberichten besprochen wird, scheinen die leitenden Geister der beiden Unternehmungen mit der Neuordnung der Dinge sich vollständig zufriedigt zu haben. Es ist ihnen augenscheinlich ähnlich ergangen wie den amerikanischen Bahnbewertern, die anfänglich sich mit Händen und Füßen gegen die von staatlichen Bahnkommissionen und ähnlich gearteten Behörden ausgeübte Beaufsichtigung ihrer Verkehrspolitik, Katenberechnung usw. zur Wehr setzten, aber schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit zur Einsicht gelangten, daß, was sie als eine schwere Bedrohung ihrer Interessen angesehen hatten, ihnen weit mehr zum Vorteil als zum Schaden gereichte.

Bei der Bethlehem Steel Company vollzog sich der Übergang vom alten zum neuen System innerhalb der letzten sechs Monate des Jahres 1923, bei der United States Steel Corporation war die Einführung der Dreischichteneinteilung des Betriebs mit Ausnahme einer einzigen Anlage bis zum 1. Dezember eine vollendete Tatsache und wurde von dieser einen Fabrik im Laufe des Monats Februar durchgeführt. Es ist daraus ersichtlich, daß diese Umstellung der Stahlindustrie auf den in fast allen anderen wichtigen Industrien Amerikas üblichen Achtstundentag — nur in ganz wenigen Abteilungen wird länger, aber auch da nur höchstens zehn Stunden gearbeitet — in viel kürzerer Zeit erfolgte, als allgemeiner Annahme gemäß dazu nötig gewesen wäre. Der Wechsel vollzog sich ohne die befürchteten schweren Schädigungen der Industrie, ja beinahe ohne überhaupt gefühlt zu werden.

Der Bericht der Bethlehem Company erklärt, daß das Aufgeben der Zwölfstundenschicht zwar die Kosten der Herstellung von Stahl vergrößert habe, daß aber die Änderung in sozialer wie in industrieller Hinsicht von den wohlthätigen Folgen begleitet sein werde. Und im Berichte des Stahlwerks heißt es, daß die Verkürzung der Arbeitszeit um ein volles Drittel zu einer Erhöhung der Arbeitslöhne um 25 v. H. geführt habe, worauf 40 v. H. der Kosten der Umwandlung zurückzuführen seien und daß mehr als 17 000 neue Arbeiter eingestellt werden mußten, um den Verlust an Arbeitszeit auszugleichen, was 60 v. H. der Kosten der Einführung des neuen Systems ausmachte (ohne daß aber auf die zweifelslos durch Verkürzung der Arbeitsstunden geschaffene höhere Leistungsfähigkeit der Arbeiter eingegangen würde); gleichzeitig hatte die Gesellschaft jedoch eines ihrer besten Jahre, hatte einen Geschäftsumsatz von mehr als 1 1/2 Milliarden Dollar, Bruttogewinne von beinahe 150 000 000 Dollar und Reingewinne von nahezu 130 000 000 Dollar, was einem Verdienst von fast 18,50 Dollar per Aktie entspricht gegenüber nur 2,24 Dollar im Jahre vorher.

Der französische Gewerkschaftsbund und die Einwanderungsfrage

(398.) In einer kürzlich abgehaltenen Sitzung des Verwaltungsrates des französischen Gewerkschaftsbundes wurde von den mit dem italienischen Gewerkschaftsbund in der Einwanderungsfrage gepflogenen Verhandlungen Kenntnis genommen und beschlossen, in Paris ein Büro zu eröffnen, das von einer Kommission vor hauptsächlich in Betracht kommenden Verbänden gesellt werden soll und die Einwanderung zu kontrollieren hat. Die Kosten werden von beiden Landeszentralen gemeinsam bestritten.

Der Lohndruck in Rußland

Wie wir bereits mitteilten, hat die Moskauer Kontrollkommission eine Reihe verantwortlicher Wirtschaftsführer aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen, weil sie die amtliche Lohndruckerei nicht mitmachen, sondern in den ihnen unterstellten Betrieben höhere Löhne als die vorgeschriebenen Minimalhöhe zahlten. Es ist von Interesse, festzustellen, daß zu gleicher Zeit kein einziger Fall bekannt ist, wo die Moskauer Kontrollkommission wegen entgegengelegter „Delikte“, d. h. wegen verspäteter Lohnzahlung, Lohndruck usw. gegen verantwortliche Wirtschaftsführer eingeschritten wäre. Derartige Fälle sind außerordentlich zahlreich, aber gegen die Schuldigen wird nichts unternommen.

Amerikanisches. In den Vereinigten Staaten werden zahlreiche ernsthafte Versuche gemacht, die Massen zur Idee des Friedens und der Demokratie zu erziehen. Eine Körperkraft, die tatkräftig in dieser Richtung arbeitet, ist die Liga für industrielle Demokratie, die zahlreiche Vorzüge vertritt, besonders unter den Studenten. Die Studenten des Northwestern College protestierten bereits gegen die Unterjochung des Bildungswesens unter das Großkapital. Sie nahmen eine Entschliessung gegen die in Amerika oft übliche Kontrolle der Geschäftswelt an, die oft in den Schulleistungen vertreten ist und so bestimmt, was ein Student studieren darf und was nicht.

Zentrale Regelung der Ausschub-entschädigung abgelehnt!

In Nr. 6 der Metallarbeiter-Zeitung von diesem Jahre wurde die Abänderung des Gewerkeabkommens...

Die ersten Verhandlungen fanden am 6. Mai statt. Die Unternehmervertreter erklärten, nur über Ausschub und Werkzeugverschleiß...

Von den Vertretern der Gewerkebetriebe wurde dagegen behauptet, daß die bisherige Entschädigung von 75 v. H. eine zu große finanzielle Belastung...

- a) Für kleinere Stühle, die sind solche, für die bis zu 4 Stunden Formarbeit aufgewendet werden muß...

Nach einer solchen Regelung würde zum Beispiel ein Formar, der kleinere Stühle herstellt...

Daß ein solches Angebot außer Acht gelassen werden würde, bedarf wohl keiner besonderen Begründung...

Am 23. Mai sollten sich wieder Verhandlungen anknüpfen, jedoch wurde von den Vertretern des Gesamtverbandes...

Es ist nicht anzunehmen, daß es und bei nächster nächster Verhandlung eine Einigung geben wird...

Leistungsverhalten eingestellt. Unsere Organisation wird in allen Fällen, soweit es möglich ist, berechnete Ansprüche...

Die Unternehmer glauben, daß sie jetzt ihre Bestrebungen zum Nachteil der Arbeiter durchsetzen können...

Produktionssteigerung bei verkürzter Arbeitszeit

Die Tatsache, daß verkürzte Arbeitszeit nicht immer zu einer Verringerung des Produktionsertrages zu führen braucht...

Table with 4 columns: Art der Arbeit, Durchschnittliche Erzeugung pro Kopf, Die Erzeugung wurde bedingt durch, Entlastung der Maschine. Rows include Katalogvermittlung, Schokoladenherstellung, etc.

Beachtlich ist dabei, daß der Anteil der durch erhöhte Arbeitsanforderung erzielten Produktionssteigerung...

Kranke zahlen keine Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge

Es sind Zweifel darüber entstanden, ob Krankenerwerbslosenpflichtige Personen während der Zeit, in der sie arbeitsunfähig sind...

Krankenerwerbslosenpflichtige Personen haben während einer Zeit, in der sie wegen Arbeitsunfähigkeit Krankenerwerbslosenbeiträge nicht zu entrichten brauchen...

Paul Pawlowitsch 60 Jahre

Aus der Arbeiterpresse erfahren wir, daß unser Kollege Paul Pawlowitsch, der Bevollmächtigte der Dresdener Verwaltung...

Eingegangene Schriften

Einladung für das Schlichtungsverfahren in Schlichtungsstellen. Kommissar wird Ausschubentscheidungen zur Verordnung über das Schlichtungsverfahren...

Die Schlichtungsstellen sind in der Regel durch die Gewerkschaften zu besetzen. Die Schlichtungsstellen sind in der Regel durch die Gewerkschaften zu besetzen...

Die neue wissenschaftliche Zeitschrift Gewerkschafts-Archiv

Die wissenschaftliche Gewerkschafts-Zeitschrift, von der wir schon vor einigen Monaten in der Metallarbeiter-Zeitung sprachen...

Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphische Adresse: Metallvorstand Stuttgart. Mit Sonntag den 15. Juni ist der 25. Wochenbeitrag für die Zeit vom 15. bis 21. Juni 1924 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table with 4 columns: Verwaltung, für Mitglieder der Beitragsklasse, Beginn der Beitrags-erhebung. Rows include Brandenburg, Ostpreußen, etc.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung naturlicher Rechte zur Folge.

Anforderung zur Rechtfertigung

Die nachgenannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Göttingen: Der Hilfsarbeiter Mathias Hermann, geb. am 30. April 1892...

Auf Antrag der Verwaltungstelle Oberhausen: Der Schmied Ludwig Kaufsch, geb. am 27. Juni 1899...

Auf Antrag der Verwaltungstelle Stuttgart: Der Silberschmied Adolf Schönemann, geb. am 10. Februar 1893...

Gestohlen wurde: Mitgliedsbuch Nr. 780473, lautend auf den Former Robert Neumann...

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten:

- von Elektromotoren nach Hamburg St.; nach Wiesdorf am Rhein D.; von Formern und Gewerkearbeitern nach Gbur l. Schweiß...

Send und Verlag: Druckerei des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Röntgenstr. 16.